

Dr. Josef Homeyer  
Bischof von Hildesheim

Die Europäische Union als Antwort auf die Globalisierung -  
eine politische und sozialethische Notwendigkeit

Einleitung / Begrüßung

Liebe Teilnehmer und Teilnehmerinnen der 3. Sommeruniversität der ComECE,

1.) Nachdem ich in den vergangenen Jahren eher aus der Distanz, aber mit umso größerer Sympathie die Organisation und Durchführung der Sommeruniversitäten begleitet habe, freue ich mich, in diesem Jahr einmal selbst mitwirken zu können. Meine Freude wird noch gesteigert dadurch, dass Sie sich in die Diözese Hildesheim gewagt haben, und ich wünsche mir, dass Ihnen Ihr Aufenthalt in guter und lieber Erinnerung bleibt.

Sie sind heute hierher gekommen, um nicht nur einen Gottesdienst zu feiern und anschließend eine Kleinigkeit zu essen, sicher auch nicht, um aus meinem Munde einige Freundlichkeiten zu hören, sondern Sie haben diesem Treffen auch eine Überschrift gegeben: "Die Europäische Union als Antwort auf die Globalisierung - eine politische und sozial-ethische Notwendigkeit."

Nach dem, was am 11. September 2001 in New York und Washington geschah, bekommt vermutlich jedes Thema Ihrer Sommeruniversität eine neue Gestalt/Dimension. Auch ich habe bei meiner Vorbereitung ständig daran denken müssen, dass eigentlich alles, was ich heute sagen kann, nur vor dem Hintergrund und im Kontext der Ereignisse in den Vereinigten Staaten gehört werden wird. Deshalb erlauben Sie mir zunächst aus meiner Sicht einige Anmerkungen zu den Terroranschlägen, bevor ich vor diesem Hintergrund die traditionelle These, die EU sei das unausweichlich notwendige Mittel der europäischen Nationen, sich auf die Globalisierung einzustellen, zwar nicht verneinen, wohl aber insofern ergänzen möchte, als dass nach meiner Auffassung die EU letztlich auf die Globalisierung nur angemessen reagiert, wenn sie ihr eigenes Modell aktiv in die Suche nach einem System der 'Global Governance' einbringt.

(2) Überlegungen nach den Ereignissen vom 11.09.2001 in den USA

Diese Tagung findet unter dem Schock der Terroranschläge (vom 11. September 2001) statt. Es wird deshalb dieser Akademie geradezu unmöglich sein, an Begriffen zu arbeiten, die den schrecklichen Bildern standhalten.

Das ist auch die Situation der politischen Klasse und der kulturellen Eliten weltweit. Selbst der schnell zum Leitbegriff avancierte Ausruf "Krieg" wirkt als Rückgriff auf historisch bekannte Ausnahmestände eher hilflos. Schnell waren deshalb auch öffentliche Nachbesserungen notwendig: Es handelte sich keineswegs um einen Krieg der Religionen oder um einen clash of cultures beispielsweise. Was aber

dann? Ist es ein Unfall der Geschichte, verursacht durch Irre? Ist es, wenn schon kein Religionskrieg, dann der erste Bürgerkrieg - in globaler Dimension - in der Weltgeschichte?

Unterm Strich der ersten Reaktion bleibt nur: Offensichtlich handelt es sich um eine völlig neue Situation. Hier geht es nicht um einen mörderischen Spielzug, hier geht es um mörderische Spielregeln. Das Neue dieser Situation besagt einschliessweise, dass das Alte so nicht mehr gilt und in seiner Tragfähigkeit in Frage gestellt ist und werden muss.

Das gilt vor allem für die Frage nach der ethischen Gestalt und Gestaltung der Globalisierung. Diese ethische Gestaltung - so es diese gibt - ruht ihrerseits auf kulturellen Voraussetzungen. Tatsächlich sind die aber nun einmal weltweit höchst unterschiedlich: Die kulturelle Bedeutung von Individuum und Gemeinschaft ist in asiatischen und europäischen Gesellschaften unterschiedlich. Die öffentliche Bedeutung von Religion ist in Europa eine andere als in arabischen Ländern. Wenn man angesichts dieser kulturellen Unterschiede von einer ethischen Gestaltung der Globalisierung spricht, so muss offenbar die Frage kultureller Differenz auch im Zentrum jeder globalen Ethik stehen. Ist es vielleicht auch richtig, dass die Perspektive der ethischen Gestaltung von Globalisierung nach dem 11. September 2001 nicht mehr vorrangig um die Gestaltung von Ungleichheit, also in ökonomischen und sozialökonomischen Kategorien, sondern mindestens ebenso um die Gestaltung von Andersartigkeit, also in kulturellen Kategorien kreisen kann?

Man kann dann weiter fragen: Können wir es uns eigentlich noch leisten, den Begriff der Globalisierung gleichsam als posthistorischen Begriff zu verwenden und damit gleichzeitig die geschichtlichen Ressourcen gesellschaftlicher Identitätsbildung in unerträglicher Weise in Frage zu stellen? Führt nicht die globale Entwertung historischer Erfahrung unmittelbar in fundamentalistische Rückschläge? Ist in diesem Zusammenhang etwa die globale Privatisierung der Religion als liberal-säkularistische Ausblendung der religiösen Mitgestaltung gesellschaftlicher Ordnung ein fundamentalistischer Nährboden? Soll etwa in diesem Zusammenhang "Integration des Islam" nichts anderes bedeuten als "Säkularisierung des Islam"? Wenn es so ist, dann erleben wir eben doch einen clash of cultures, aber nicht den zwischen Islam und Christentum, sondern zwischen Säkularismus und Religion. Wir werden nach dem 11. September 2001 weltweit, so glaube ich, Aufbegehren gegen solche kulturellen Entwertungen im Prozess der Globalisierung erleben, die sich durch ökonomische Transferleistungen nicht mehr stillstellen lassen. Das stellt die Religionen aber entgegen den Privatisierungs-Settings völlig neu in öffentliche Verantwortung. Wir brauchen so etwas wie eine interreligiöse Ökumene als politische Diakonie.

### 1. Zur politischen Diakonie der Kirche

Die Kirchen sind sittlich wie theologisch verpflichtet, am weltweiten Gemeinwohl (bonum commune) mitzuwirken. Sie können aus ihrer Mitverantwortung für die Architektur der Gesellschaft, ihrer

politischen Institutionen und ihrer ökonomischen Ordnung, ihrer normativen Bindungen und letztlich ihres Menschenbildes überhaupt nicht entlassen werden und auch nicht sich selbst davon dispensieren. Das möchte ich begründen, indem ich den Begriff der *politischen Diakonie* als umfassende politische Mitverantwortung der Kirchen für das Gemeinwohl ausweise.

## Die sittliche und theologische Pflicht zur politischen Diakonie

(1) Die *sittliche* Verpflichtung zu einer umfassenden *politischen Diakonie* möchte ich geschichtlich begründen. Die Geschichte unseres Kontinents ist wesentlich christlich geprägt und man kann, wo immer man geistig beheimatet ist, keine fundierte europäische Geschichte ohne Kirchengeschichte schreiben. Ohne Frage ist diese christlich imprägnierte Geschichte von Befreiungen, großen Aufbrüchen und immer wieder von Versöhnung geprägt. Das jüngste Beispiel ist der Zusammenbruch der Diktaturen Osteuropas, an dem Christen, etwa die polnische Solidarnosc mitgewirkt haben. Zu denken ist auch an die gesellschaftspolitisch gar nicht zu überschätzende Entwicklung des europäischen Bildungswesens durch die Kirchen, etwa der Universitäten seit dem 12. Jahrhundert. Zu denken ist erst recht an die in Europa spezifisch ausgeprägte Sozialstaatlichkeit, die ohne die unbestrittene Pionierleistung der Caritas nicht zu verstehen und zu erklären ist. Zu denken ist auch an die zivilgesellschaftlichen Vorkämpfer einer ethischen Gestaltung der Globalisierung in den kirchlichen Hilfswerken. Zu denken ist grundlegend an die Durchsetzung der universalen Prinzipien des Christentums und deren politische Durchsetzung in den allgemeinen Menschenrechten. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist aber: Der Kreuzzug von 1204 faktisch gegen Konstantinopel und das Gemetzel an den orthodoxen Geschwistern, ist eben Reconquista in Spanien, heißt eben europäischer Bürgerkrieg im 17. Jahrhundert unter den Fahnen der Konfessionen.

Tief sind diese Geschichten ins kollektive Gedächtnis Europas eingepägt. Die Kirchen bringt die Geschichte, die ihre eigene ist, aber in die sittliche Pflicht zur politischen Diakonie für die Gestaltwerdung Europas. Wir haben uns vor dem Leid der Geschichte, vor den Opfern und vor unerfüllten oder betrogenen Hoffnungen zu verantworten. Die sittliche Pflicht ist immer im Antlitz der Opfer der Geschichte zu bewähren. Das kann nicht nur in Schuldbekennnissen geschehen, sondern ist in politischer Mitverantwortung für eine europäische Architektur, eine Architektur der Versöhnung allemal, und in Mitverantwortung für die normativen Entscheidungen und Bindungen der europäischen Gesellschaft politisch zu veranschaulichen. Man kann, um es beispielhaft zuzuspitzen, ja nicht in Berlin ein Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten, und von den Kirchen gleichzeitig erwarten, dass sie der Privatisierung der Religion weiter Vorschub leisten. Nur wenn die Kirchen sich also zur politischen Diakonie bekennen, stehlen sie sich nicht aus ihren geschichtlichen Erfahrungen und den daraus erwachsenen Verpflichtungen.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine politische Fußnote: Es gibt zumal von sehr aufgeklärten Zeitgenossen ja den Ratschlag, den Gottesbezug aus Verfassungen und aus einer zukünftigen europäischen Verfassung zu streichen. Über ein solch halbiertes Verständnis von

Aufklärung, über diese geschichtlich erblindete Aufklärung in Europa, bin ich doch einigermaßen irritiert. Gott in der europäischen Verfassung ist ja keine christentümliche "Pfründe", sondern auch Erinnerung an den Gott der Juden, also an Auschwitz, ist Erinnerung an den Gott der Muslime, also an antimuslimische Exzesse. Mit „Gott“ in der Verfassung geht es in diesem Sinne um ein europäisches Mahnmal der Versöhnung. Man tut, glaube ich, gut daran, hierzu unsere türkischen Mitbürger in Berlin, unsere algerischen Mitbürger in Paris, die aus dem Stalinismus wieder befreiten Völker Osteuropas und vor allem und völlig unaufgebar die wenigen jüdischen europäischen Mitbürger in Europa zu befragen, was sie von einer solch erinnerungslosen Geschichts- und Verfassungspolitik halten.

(2) Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu einer zweiten, *theologischen*, Begründung politischer Diakonie, der Mitverantwortung für das europäische Gemeinwohl.

Christlicher Glaube ist Antwort auf die Erfahrung der offenbarenden Zuwendung Gottes zur Welt. In dieser Antwort bekennt Glaube Gott als den ganz Anderen und schlechthin Größeren. Das Glaubensprinzip des *semper major* eint die drei monotheistischen Religionen. Es eint sie auch, aber verschieden, dass die Hinwendung zum Anderen Gottes immer auch die Hinwendung zum anderen Menschen einschließt. Es darf nach europäischer Tradition und in allen abrahamitischen Religionen keine Hinwendung zu Gott geben, die zugleich Abkehr vom Menschen bedeutet. Der gläubige Imperativ ist vom ethischen nicht zu trennen.

Allerdings: Das Anderssein des anderen Menschen ist keine private, keine bloß existentielle und keine bloß lebensweltliche Kategorie: sondern ebenso eine politische. Der andere ist nun einmal den Welthandelspreisen ausgesetzt und ist nicht aus Institutionengefügen herauszudestillieren. Die Spiritualität des genauen Hinsehens auf den anderen schließt den analytischen und kritischen Blick auf politisches Handeln ein. Der andere ist eben kein existentielles Museumsstück und die heute gerade von der intellektuellen Linken emphatisch eingeforderte Bewahrung anderer, fremder Kulturen, darf diese Kulturen nicht in zoologische Gärten umdeuten. Dann wäre nämlich am Ende doch unsere Hinwendung zum Anderen von einer unheimlichen Berührungsangst überflügelt.

Die Zuwendung zu Gott als Hinwendung zum Menschen gilt den abrahamitischen Religionen zugleich als Befreiung wie als unverfügbare Bindung. Ethisch: die Forderung nach universaler Gerechtigkeit und Solidarität. Die lateinamerikanische Theologie der Befreiung hat dies als *opcion por la vida* und als *opcion por los pobres* formuliert. Beide Optionen nur privatistisch zu verstehen, verschleiert die Humanität des Christentums in der politischen Mitgestaltung im Antlitz des Anderen.

Meine Damen und Herren, nun aber endlich: Politische Aufgaben der Kirchen im Blick auf die Erweiterung der EU

Bevor ich zu den Aufgaben politischer Diakonie der Kirchen im Zusammenhang der Erweiterung der EU komme, möchte ich gerne den Begriff Erweiterung durch „Europäisierung“ der EU ersetzen. Der Begriff Erweiterung insinuiert kulturell eine Vollständigkeit Europas, die quantitativ aufgefüllt werden müsste und verdeckt so ein qualitativ-kulturelles Defizit der EU; der Begriff Erweiterung assoziiert zweitens politische

Hegemonie des Westens. Beide Aspekte halte ich nicht nur für politisch schädlich, sondern auch für geschichtlich unverantwortbar. Erweiterung als Europäisierung bedeutet demgegenüber eine normative Aufladung und damit Stützung des angestrebten Prozesses, wie sie ja vom Papst mit seinem Bild von den „zwei Lungenflügeln“ Europas grundgelegt wurde.

## 2. EU als Antwort auf Globalisierung

### (1) Projekt "Global Governance"

Meine Damen und Herren, die Europäische Union und die Menschen, die in ihr leben, stehen heute vor der Herausforderung, sich als positiver Vektor in die weltgeschichtliche Dynamik einzubringen. Das ist aus meiner Sicht eine der Schlussfolgerungen, die sich für mich aus den schrecklichen Terroranschlägen ergeben. Wenn gelegentlich von der EU als Antwort auf die Globalisierung die Rede war, so war der Ton doch eher defensiv. Gemeint war ein Sich-Wappnen gegen die Herausforderungen der Globalisierung durch die weitere Rationalisierung der europäischen Wirtschaft durch Binnenmarkt, Währungsunion und soziale Mindeststandards. Ich glaube, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, dass die EU über die wirtschaftspolitische Anpassung hinaus auch einen eigenständigen Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung leisten muss, der über die Regelung der eigenen Verhältnisse hinausgeht.

Jean Monnet, einer der Väter Europas, beendet seine Memoiren mit der Bemerkung, dass die Europäische "Gemeinschaft nur eine Etappe sei auf dem Weg zur Organisation der Welt von morgen". Ich könnte mich dem anschließen. Die EU hat heute ein vitales Interesse ihr Konzept des ausgleichenden Miteinanders unabhängiger Staaten der Welt vorzuschlagen. Das ist kein politischer Altruismus und auch kein gesellschaftlicher Narzissmus. Es ist eine politisch und auch sozialetisch begründbare Notwendigkeit. Die Attentate von New York und Washington haben uns auf dramatische Weise in Erinnerung gerufen, dass die Welt keineswegs am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen ist. Die ökonomische Globalisierung ist kein Selbstläufer, deren Wohltaten sich von selbst einstellen und damit alle Opposition ersticken. Es bedarf ordnender Eingriffe und Instrumente auf globaler Ebene, und zwar nicht nur auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit, sondern auf einer ganzen Reihe von Feldern. Hier hat die EU m. E. etwas zu sagen. Ziel der Globalisierung kann nicht mehr Reichtum für einige, sondern das Ziel muss auch Gerechtigkeit für alle sein.

Die vom Terrorismus erschütterte Plan-Ära der Globalisierung braucht jetzt Formen universaler Autorität, wie sie der selige Papst Johannes XXIII in seinem Rundschreiben "Pacem in Terris" schon 1963 auf geradezu prophetische Weise voraussah: Wir brauchen ein System von "Global Governance", und die EU sollte bei seiner Verwirklichung eine Vorreiterrolle spielen. "Global Governance" meint: dass das Gestalten der Globalisierung ohne zentrale Weltregierung möglich ist,

wenn denn klar ist, in welche Richtung gestaltet werden soll. Die EU ist hier ein Modell, das sich zumindest teilweise anbietet.

Die ComECE wird in den nächsten Tagen zu diesem Thema einen Bericht veröffentlichen, an dem so eminente Persönlichkeiten wie Michel Camdessus, Michel Hansenne (ehemaliger Direktor der Internationalen Arbeitsorganisation), Peter Sutherland (ehemaliger Direktor der Welthandelsorganisation) und Onno Ruding, der frühere niederländische Finanzminister mitgewirkt haben. Dieser Bericht benennt die zentralen Herausforderungen für 'Global Governance', zählt eine Reihe von Werten und Prinzipien für 'Global Governance' auf und unterbreitet eine Reihe von konkreten und originellen Vorschlägen zur Reform des bestehenden Systems internationaler Organisationen. Ich will das hier nicht in allen Details vorstellen und kommentieren - Sie haben sicher Gelegenheit den Text zu lesen, sobald er veröffentlicht ist -, aber erlauben Sie mir doch auf einige Punkte dieser Berichte 'Global Governance' möchte ich kurz eingehen.

Während wirtschaftliche Interdependenzen in den jüngsten Jahren verstärkt wurden, ist die absolute Zahl sehr armer Menschen weltweit ebenso gestiegen, wie die materielle Ungleichheit zwischen und in Staaten. Zudem wurden schwerwiegende globale Umweltrisiken erkennbar. Anstrengungen, Armut und Ungleichheit durch öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) zu verringern, haben nur spärliche Ergebnisse erzeugt. Das gleiche gilt für Versuche auf der internationalen Ebene, globale Umweltbelastungen zu reduzieren. Ängste vor dem Verlust von kultureller Identität, *Global Governance* ist der Schlüssel, um sicherzustellen, dass die guten Seiten der Globalisierung verbessert werden und ihre potentiell negativen Wirkungen abgeschwächt werden können.

Der Zeitpunkt ist gekommen, dass Welt und Menschheit, Gottes Schöpfung, einen anderen kohärenteren Ansatz brauchen und verdienen. Offene Wirtschaften werden nicht nachhaltig sein ohne die Bereitschaft von Staaten, sich politisch ebenfalls zu öffnen. Die EU bleibt ein überzeugendes Beispiel für echte Fortschritte in der Zusammenarbeit. Der politische Wille zum Aufbau eines Systems von 'Global Governance' muss durch klare Überzeugungen und Werte genährt werden. In einer Welt, in der keine einzelne Macht - und sei es die stärkste - völlige Kontrolle ausüben kann oder soll, ist die weltweite Verständigung auf einige grundlegende Werte und Prinzipien wesentlich. Ziel der Globalisierung ist nicht Reichtum einiger, sondern Gleichheit für alle.

### **Werte und Prinzipien für 'Global Governance'**

Dieser Bericht schlägt eine Reihe von Grundwerten und Prinzipien als Grundlage für Systeme der 'Global Governance' vor: Dazu gehören Menschenwürde, Verantwortung, Solidarität, Subsidiarität, Kohärenz, Transparenz und Verantwortlichkeit. Kirchen und andere Religionen spielen bei der Förderung dieser Werte eine zentrale Rolle.

Wachsende globale wirtschaftliche Interdependenz muss durch politische Interaktion auf globaler Ebene ergänzt werden. Dies ist notwendig, um jene Aspekte von Handel und Finanzwesen behandeln zu können, die weder auf nationaler noch auf regionaler Ebene geregelt werden können und um sich gemeinsam zu bemühen, weltweite Armut und globale ökologische Risiken zu verringern. Allerdings sollte 'Global Governance' nicht versuchen, den Platz nationaler Regierungen oder regionaler Organisationen (wie der EU) einzunehmen. Es kann sie nicht ersetzen, sondern muss eher Legitimität von ihnen erhalten. Ob ärmere Länder sich wirtschaftlich entwickeln werden, ob industrialisierte Nationen die zweifache Herausforderung von mehr globalem Wettbewerb und einer alternden Bevölkerung beantworten können, hängt zunächst von der Qualität ihrer nationalen Politik ab. Ebenso wichtig sind Initiativen der privaten Wirtschaft, die sowohl ihre eigenen langfristigen Geschäftsinteressen als auch das globale Gemeinwohl besser berücksichtigen. Verantwortliches Wirken internationaler Nicht-Regierungsorganisationen ist entscheidend für die Entstehung einer globalen Öffentlichkeit. Diese Überlegungen zeigen, dass ein System von 'Global Governance' eine Reihe verschiedener Akteure erfassen muss, die sich auf einige wenige Grundwerte verständigt haben.

### **Vorschläge zu bestehenden internationalen Institutionen**

Um ein System von 'Global Governance' institutionell zu etablieren, muss der jeweilige Auftrag bestehender internationaler Organisationen überprüft werden, um damit die Ursachen für sich widerstrebende Ziele, Hindernisse für kohärente und abgestimmte Maßnahmen und Lücken in der institutionellen Architektur zu identifizieren.

### **Bildung einer 'Global Governance Group' (3G)**

Andere Mißstände oder Schwächen internationaler Institutionen können sich im Laufe weiterer Analysen erweisen, aber das oben Gesagte kann als das zur Zeit Dringendste angesehen werden. Indessen wird das Problem des Fehlens von Kohärenz, der Orientierung und der letztlichen Entscheidung von Konfliktfällen auch nach einer umfassenden Überprüfung der bestehenden institutionellen Architektur höchstwahrscheinlich fortauern. Das System von 'Global Governance' bleibt unvollendet ohne einen Schlussstein. Deswegen empfiehlt dieser Bericht die Schaffung einer *Global Governance Group* (3 G), die sich mit horizontalen Angelegenheiten auf globaler Ebene befasst und ein Minimum von Koordination und Kohärenz im System sichern würde.

Um eine effiziente *Global Governance Group* zu bilden, gibt es keinen anderen Weg als Staatsoberhäupter und Regierungen zusammenzubringen. Sie sind die einzigen Akteure, die sich mit horizontalen Aufgaben und Querschnittsthemen glaubwürdig und wirksam befassen können. Eine *Global Governance Group* braucht Legitimität durch eine akzeptable Repräsentation aller Staaten. Sie sollte daher aus den vierundzwanzig Regierungschefs gebildet werden, die einen Vorstandssitz im Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Welt-Bank haben. Der Auswahlmechanismus in diesen Institutionen basiert auf einer Anzahl von Staatengruppen, die aufgrund geographischer, historischer oder wirtschaftlicher Bindungen zusammengefasst wurden. Er hat den Vorteil, seit über fünfzig Jahren erprobt und anerkannt zu

sein, und er könnte zumindest für eine Startphase akzeptabel sein. Zur *Global Governance Group* hinzukommen würden der Generalsekretär der Vereinten Nationen und die Generaldirektoren von IMF, Welt-Bank, WTO, ILO und der geplanten neuen Welt-Umwelt-Organisation (WEO).

Es ist unsere Hoffnung, dass die *Global Governance Group* allen Regionen und Völkern der Welt eine Stimme gibt und uns damit der "universalen politischen Gewalt" näher bringt, die Papst Joh, XXIII schon 1963 forderte.

## (2) EU als Modell und Vorreiter einer 'Global Governance'

Ich komme noch einmal zurück auf meine These, dass die EU bei Global Governance eine Vorreiterrolle spielen muss. Durch ihre Existenz hat die EU gezeigt, dass es möglich ist, einen geographischen Raum mit einer Reihe von Nationen und Völkern dauerhaft zu befrieden. Der Bericht 'Global Governance' unterstreicht die Bedeutung regionaler Blöcke, und in diesem Zusammenhang ist die institutionelle Gestalt der EU sicher weltweit von Interesse. Es kann sicher nicht darum gehen, die EU immer weiter auszudehnen - das ist jedenfalls nicht mein Verständnis, sondern im Vordergrund steht die Förderung vergleichbarer Entwicklungen in anderen Erdteilen. Das geschieht etwa zur Zeit bei den Verhandlungen mit dem südamerikanischen Mercosur, zu dem sich Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay zusammengeschlossen haben. Die EU unternimmt hier große Anstrengungen, um über Handelsverträge hinaus auch die politischen Beziehungen der Mercosur - Staaten zu verbessern. Ob das Modell EU ein Exportschlager werden kann, wird sich zeigen. Es hat jedenfalls gezeigt, dass es möglich ist, kleine und große Staaten zu gleichberechtigten Nachbarn und dauerhaften Partnern zu machen.

Gibt es nicht tatsächlich gute Gründe, die EU als Modell und Vorreiter eines 'Global Governance' zu verstehen (und zu empfehlen)? Allerdings (wage ich zu sagen) nur dann, wenn die EU selbst lernt "Andersartigkeit" wahrzunehmen und produktiv (in ihre Politik) einzubeziehen.

Darum noch einige Anmerkungen zu dem komplexen und schwierigen Phänomen der "Andersartigkeit" in Europa! Dass sich das Problem in globaler/weltweiter Dimension noch einmal potenziert, steht außer Frage und macht 'Global Governance' nicht leichter, eher wichtiger.

Im Hintergrund meiner Bemerkungen steht die Schule des franz. ANNALES mit Jacques Le Goff, Lucius Laveron und Fernand Braudel. Die Schule versteht Geschichte nicht als Ereignisgeschichte, sondern als Strukturgeschichte, als Geschichte von langer Struktur. Sie schaut nicht auf die Jahreszahlen der Thronbesteigungen, Kriege usw., sondern auf die tiefer liegenden Strukturen.

Meine Damen und Herren, die Grenze des Eisernen Vorhangs bis 1989 markiert also eine historisch verfestigte Strukturgrenze, die sich in vielen Jahrhunderten als eine innereuropäische Wohlstandslinie herausgebildet hat: Dieser Eiserner Vorhang war zugleich die Ostgrenze des Karolingerreiches, die Ostgrenze des Habsburger-Reiches, sie spiegelt die sozioökonomische Spaltung Europas ab 1492/98 an Elbe, Saale und Böhmerwald wider.



Die innereuropäische, jahrhundertealte Wohlstandsgrenze hat also sozialkulturelle Ursprünge. Obwohl das östliche Mitteleuropa lateinisch geprägt ist - im Gegensatz zum orthodoxen Ost- und Südosteuropa - sind sowohl Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa ein Gebiet, was durch relativ starre Hierarchien und eine Organisation der Gesellschaft von oben charakterisiert scheint. Das Fehlen zivilgesellschaftlicher Traditionen ist also weit älter als die 45 Jahre vor 1989. Das Fehlen von Aufklärung und Rationalität, das unfreie Bauerntum, die späte Stadtentwicklung, die bis heute agrarisch geprägten Strukturen (eines der Kernprobleme des Beitritts Polens zur Europäischen Union), die Herrschaft der Person statt des Rechts, die späte Durchdringung der Wirtschaft durch das Geld, die beschränkte Freiheit von Arbeit und Kapital sind sozialkulturell über Jahrhunderte verfestigt. Daraus folgt m. E.:

Der Paradigmenwechsel in der Herausforderung europäischer Integration ist wohl dadurch gekennzeichnet, dass zu dem politischen „Management von Ungleichheit“ (in der EG/EU bis 1989) nun auch eine Politik der Vermittlung von Andersartigkeit hinzukommen muss.

Die Themen, die sich dazu neben den klassischen der ökonomischen Strukturpolitik stellen, sind vor allem die der Integration von kultureller Andersartigkeit, die eben nicht allein durch ein gut erprobtes sozialökonomisches Instrumentarium von der Gemeinschaft für Eisen und Stahl bis zur Währungsunion geleistet werden kann, sondern die wesentlich sozialer, kultureller und theologischer Natur ist.

Die letzten Feststellungen werfen die zentrale Frage auf, was in einer Zeit des Übergangs von einer Politik der Steuerung von ökonomischer Ungleichheit zu einer Politik der Integration von Andersartigkeit die Gesellschaften Europas zusammenhält. Wie kann also die ökonomisch erfolgreiche europäische Gesellschaft des Westens ihre kulturelle Apathie überwinden? Wie können die Ängste vor kulturellem Identitätsverlust und das gerade angesichts des institutionellen Modernisierungsdrucks aufgefangen werden?

Es ist ja zunächst festzustellen, dass die Europäische Union auf die Integrationsherausforderung des Europa der Andersartigkeit (wenn nicht alles trägt) schlicht nicht vorbereitet ist. Die vielzitierte Fixierung West-Europas auf das Ökonomische hat an dieser Stelle einen leider wahren Kern. Europa ist weder institutionell noch auf den Feldern Arbeitsmarkt, Migration, Kohäsion oder Landwirtschaft auf das andersartige Europa vorbereitet.

Die Kirchen haben nun gerade aus ihrer konstitutionellen, aus ihrem Glauben gestifteten Berührungsempfindlichkeit für den anderen ein fundamentales Interesse an der Europäisierung der EU. Das Programm der politischen Diakonie daraus kann ich hier nicht mehr entwickeln. Nur ein Hinweis sei gestattet :

Die Kirchen werden Orte kulturellen Austausches zwischen Ost und West zu gründen haben. Die internationale Sommerakademie zu fundamentalen Fragen der Gestaltwerdung Europas ist nach meiner Überzeugung ein sehr guter und wichtiger Schritt in diese Richtung. Was nun allerdings sehr zügig angegangen werden muss, wäre die Gründung einer kirchlichen Ost-West-Akademie, die sich als Think-Tank und Verständigungsort den anstehenden sozialetischen und politischen Fragen stellt. Wir müssen

nämlich dringend unsere politische Diakonie so institutionalisieren, dass sie nicht nur appellativ, sondern auch operativ den Prozess der Europäisierung Europas mitgestaltet.

3. Oktober 2001